



Die Milde der Begünstigten

Wie Menschen über Leihmutterschaft urteilen, die daran beteiligt sind.

Von Gerald Wagner

Der Rücktritt von Jens Spahn hat gezeigt: Wer sich dem hiesigen Verbot durch eine Leihmutter in den USA entzieht, wird – obwohl er gegen kein Gesetz verstößt – moralisch trotzdem verurteilt. Die Verteidiger der Leihmutterschaft dagegen argumentierten, es handele sich auch hier um eine Transaktion zwischen zwei Vertragspartnern, die diesen Vertrag freiwillig eingegangen seien, vergleichbar mit Transaktionen wie dem Verkauf von Organen oder der Prostitution. Und sie legen noch den Vorwurf drauf, dass die Gegner der Leihmutterschaft in ihrer Verurteilung derselben auch nur deshalb so rigoros seien, weil sie selbst von der Notlage nicht betroffen sind.

Die soziologische Forschungsfrage dazu liegt auf der Hand: Legen Menschen als Außenstehende dieselben moralischen Maßstäbe an, die sie anlegen würden, wenn sie selbst direkt betroffen wären?

Mit den üblichen Befragungen ist dieser Frage nach der Doppelmoral in moralisch strittigen Situationen kaum beizukommen. Die beiden Berliner Sozialforscherinnen Hande Erkut und Dorothea Kübler haben deshalb in einem Laborexperiment Probanden in Gruppen aufgeteilt, deren Überzeugungen über die moralische Akzeptanz von Transaktionen getestet wurden, je nachdem, ob sie nur Zuschauer, Begünstigte oder Vertreter der schwachen Partei waren, die durch ihre direkte Betroffenheit in ihrer Wahlfreiheit eingeschränkt war. Alle drei Gruppen konnten die jeweilige Transaktion verbieten. Zusätzlich wurde zwischen milden und schweren Konsequenzen sowie fehlender und voller Handlungsfähigkeit der schwachen Partei variiert. Ließ sich so nachweisen, dass hohe moralische Standards unter dem Druck persönlicher Nachteile aufgegeben werden?

Wie das Experiment zeigte, würden Zuschauer und schwache Interessenvertreter Transaktionen mit schweren Konsequenzen in ganz ähnlichem Ausmaß verbieten. Die begünstigte Partei dagegen spricht deutlich seltener dafür, sie zu verbieten. Bemerkenswert ist auch die Rolle der Handlungsfähigkeit in den Experimenten: Alle drei Gruppen verbieten Transaktionen seltener, wenn die schwache Partei sich nicht gezwungen fühlte, man also Freiwilligkeit unterstellen kann.

Das gelte überraschenderweise auch für die begünstigte Partei. Fehlende Handlungsfähigkeit beim schwächeren Gegenüber untergräbt also selbst aus

deren Sicht die Akzeptanz der Transaktion. Umgekehrt könnte man schlussfolgern, dass die Nutznießer etwa der Leihmutterschaft – wie ein homosexuelles Paar – ihre Entscheidung für die Inanspruchnahme der Leihmutter-schaft mit der Überzeugung erleichtern, dass die dafür bezahlte Leihmutter tatsächlich in keiner Notlage ist.

Die Ergebnisse zeigen, dass „Abscheuungsurteile“ in gewissem Maße „self-serving“ sind: Wer selbst von einer Transaktion profitiert, urteilt milder, Außenstehende dagegen empören sich heftiger. Bloße Zuschauer suchen zudem tendenziell eher die Seite der schwächeren Partei – ähnlich wie es aus der Forschung zu Verteilungsexperimenten bekannt ist, wonach unbeteiligte Beobachter zu egalitäreren Haltungen neigen als direkt Beteiligte.

Die Studie wollte sich allerdings nicht ausschließlich mit einem experimentellen Design zufriedengeben und erhob deshalb auch die Einstellungen der Teilnehmer zu solchen Themen wie Organmärkten, Leihmutterschaft und Prostitution. Es zeigte sich: Wer solche Transaktionen ablehnt, bewertet sie auch moralisch kritischer, punktet stärker bei „individualisierenden“ moralischen Grundwerten wie Fairness und tendiert eher zu linken politischen Positionen. Linke seien eher gegen kontroverse Transaktionen, während rechtsgerichtete Teilnehmer deutlich mehr Offenheit für solche Geschäfte zeigten.

Die Autorinnen schließen daraus, „Abscheuungsurteile“ seien zumindest zum Teil interessengeleitet. Eine mögliche politische Konsequenz daraus: Man müsste sicherstellen, dass die schwache Partei bei solchen umstrittenen Transaktionen wirkliche Handlungsfähigkeit besitzt, also zum Beispiel verhindern, dass sie aus wirtschaftlicher Not zu der Transaktion gezwungen ist. Dann könnten sich die Interessen von Zuschauern und beiden Vertragsparteien stärker annähern. Da fehlende Handlungsfähigkeit häufig mit Armut zusammenhängt, vermuten die Autorinnen, dass solche umstrittenen Transaktionen in egalitäreren Gesellschaften eher öffentliche Unterstützung finden könnten. Dies könnte ein Ansatzpunkt für künftige Forschung sein, wie gesellschaftliche Faktoren moralische Urteile prägen.

Hande Erkut, Dorothea Kübler: Double standards: When stakeholders disagree with spectators in repugnance judgments, in: European Economic Review, Vol. 188, August 2026.